

**MICHAEL ROTH**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
EUROPAPOLITISCHER SPRECHER



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

**CARSTEN SCHNEIDER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
HAUSHALTPOLITISCHER SPRECHER

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An alle Mitglieder  
der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 9. Dezember 2011

**Die Finanzkrise endlich wirksam bekämpfen:  
Eine Perspektive für den Euro UND Europa**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy haben auf dem Europäischen Gipfel Einigkeit zu demonstrieren versucht. Mit dem Vorschlag, den dauerhaften Stabilitätsmechanismus (ESM) vorzuziehen, greifen sie endlich, aber zu spät unseren sozialdemokratischen Vorschlag auf. Wir haben diese Forderung bereits in unserem Entschließungsantrag vor dem Oktober-Gipfel erhoben, weil schon damals offensichtlich war: Der zeitlich begrenzte Rettungsschirm (EFSF) reicht als Schutzwall für die Eurozone nicht aus. Über die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) sind Merkel und Sarkozy hingegen nach wie vor tief zerstritten. Deshalb betont Sarkozy die Unabhängigkeit der EZB und Merkel nimmt stillschweigend die Aufkaufaktionen der EZB hin.

Am 30. November 2011 haben sechs der wichtigsten Zentralbanken der Welt ein starkes Signal gegeben, dass sie gemeinsam gegen das wachsende Misstrauen von Investoren und Kapitalmarktteilnehmern vorgehen und Probleme der Kreditinstitute minimieren wollen. Einmal mehr zeigen die Notenbanken damit großes Verantwortungsbewusstsein. Gleichwohl wäre es Aufgabe der Staats- und Regierungschefs gestern gewesen, dieses Signal politisch auszusenden. Auf politische Entscheidungen kommt es an. EZB, Fed und andere springen dort ein, wo die Regierungen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.

Unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel hat die Bundesregierung in den Jahren 2010 und 2011 einen gefährlichen, irritierenden Zickzackkurs in Europa und Deutschland gefahren. Allein in diesem Jahr gab es bislang fünf Gipfel der Staats- und Regierungschefs. Von Februar über Juni bis Oktober hechelten sie den Märkten hinterher, präsentierten am 21. Juli und 26. Oktober komplizierte und technische Beschlüsse, die jeweils zwei Wochen später nichts mehr Wert waren. Denn umgesetzt wurden die Beschlüsse bis heute nur in sehr wenigen

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

CARSTEN SCHNEIDER, MDB TELEFON (030) 227-74550 TELEFAX (030) 227-76448 E-MAIL CARSTEN.SCHNEIDER@BUNDESTAG.DE

MICHAEL ROTH, MDB TELEFON (030) 227- 75339 TELEFAX (030) 227- 76502 E-MAIL MICHAEL.ROTH@BUNDESTAG.DE

Teilen. Zu viele Beispiele belegen das Zögern und Zaudern von Frau Merkel, die zuerst automatische Sanktionen für Haushaltssünder forderte, sie am Strand von Deauville wieder aufgab und nun wieder vereinbart hat. Es waren Frau Merkel und Präsident Sarkozy, die durch ihr Nichthandeln die EZB zwangen, das Ankaufprogramm für Staatsanleihen des Euro-Raums fortzusetzen. Heute liegen Anleihen im Wert von über 200 Mrd. Euro bei der EZB. Faktisch ist das bereits eine Gemeinschaftshaftung! Das sind Merkel-Bonds: unkonditioniert und nicht demokratisch kontrolliert. Auch die von Banken bei der EZB hinterlegten Wertpapiere wuchsen auf einen Betrag von knapp 700 Mrd. Euro. Es ist nicht absehbar, wann die Kreditinstitute das wieder werden auslösen können.

Immer mehr Vertrauen wurde verspielt. Heute sind selbst Konsolidierungsprogramme oder Expertenregierungen wie in Italien nicht in der Lage, den Käuferstreik für Staatsanleihen zu beenden, weil sie alleine das Vertrauen nicht wieder herstellen können. Nicht dunkle Zocker und Schattenbanken gefährden das Eurosystem, es sind die politisch Verantwortlichen in den Regierungen.

Am 29. November 2011 verabschiedeten die Euro-Finanzminister die Richtlinien zum vorläufigen Rettungsschirm, die die Staats- und Regierungschefs gestern inklusive der „Hebel“ bestätigten. Die EFSF kann nun Staatsanleihen kaufen, direkt oder über die Märkte; sie kann Darlehen an Staaten geben, damit diese Banken rekapitalisieren können, oder sogar vorbeugende Kredite in Aussicht stellen – alles unter bestimmten Bedingungen. Der Garantierahmen der EFSF wurde auf knapp 780 Mrd. Euro ausgedehnt, sodass effektiv 440 Mrd. Euro am Markt unter dem Top-Rating „AAA“ aufgenommen werden können. Von Beginn an wurde jedoch angezweifelt, ob diese Summe ausreicht – denn die neuen Instrumente sind zwar sinnvoll, aber sehr kapitalintensiv. Die monatelangen Täuschungen der Bundesregierung auch gegenüber dem Bundestag, die Summe reiche aus, um dann zuzugeben, sie reiche doch nicht, die Diskussionen um Hebel, komplizierte Investitionsinstrumente und die mangelnde Bereitschaft, endlich eine große Lösung zu präsentieren, haben das Vertrauen in die EFSF erschüttert – und in den Euro-Raum insgesamt. Natürlich ist richtig, dass gegenwärtig nur Irland und Portugal EFSF-Programme beanspruchen und die EFSF ein Volumen von knapp 360 Mrd. Euro noch zur Verfügung hat. Die Unterstützung Griechenlands mit einem neuen Programm von weit über 100 Mrd. Euro ist zwar im Grundsatz bereits beschlossen, wird den EFSF-Rahmen aber weiter vermindern – und zwar um deutlich mehr als die avisierten 109 Mrd. Euro. Und wenn die EZB wöchentlich etwa acht Milliarden Euro für den Kauf von Staatsanleihen aufwenden muss, ist auch für Laien ersichtlich, dass die EFSF zwar morgen nicht pleite ist, ihre Mittel bis Mitte 2013 aber wohl nicht reichen werden. Es ist wie im Falle Griechenlands: Zuerst wird eine Gläubigerbeteiligung abgelehnt, weil sie angeblich die Märkte gefährde, dann wird sie zu 20 Prozent gefordert, dann zu 50 Prozent, und künftig soll sie nur noch in der Präambel des ESM erwähnt werden. Schnelles und konsequentes Handeln wäre erforderlich gewesen – und die Ehrlichkeit, dass Griechenland schlicht insolvent ist.

Die jüngsten Gipfelbeschlüsse sind nicht das politische Signal, das notwendig wäre. Wir sind davon überzeugt, dass große Krisen auch große Lösungen erfordern:

1. Die Euro-Zone und die Europäische Union müssen zusammenstehen und dürfen sich nicht länger von den Märkten treiben und auseinanderdividieren lassen. Jede Spekulation über Austritte kostet mehr Vertrauen. Damit muss endlich Schluss sein. Und das Gerede über den IWF, Sonderziehungsrechte oder ob Zentralbanken dem

IWF Geld leihen sollten, muss aufhören. Ebenso über Hebel und Versicherungslösungen, an denen sich keiner beteiligen möchte.

2. Wir brauchen den ESM so schnell wie möglich. Er darf die Refinanzierung von Euro-Staaten nicht länger einem Markt überlassen, der irrational ist und krisenhafte Entwicklungen verstärkt. Der ESM verfügt über eine klare politische Steuerung, er kann harte Auflagen und Bedingungen vereinbaren, Konsolidierungs- und Anpassungsprogramme, aber auch Wachstum und ein sozial ausgewogenes Vorgehen fördern. Denn das ist die Aufgabe der Politik, nicht die der Zentralbanken. Der ESM ist keine private Zweckgesellschaft, sondern eine internationale Finanzinstitution, deren Vertrag im Bundestag ratifiziert werden muss. Dem ESM stehen Garantien und Eigenkapital zur Verfügung. Vereinfacht gesprochen: er hat damit die Struktur einer Bank. Somit verfügt er über deutlich mehr, wirkungsvollere und besser nutzbare Instrumente als die EFSF. Kommt ein Staat in Bedrängnis, kann der ESM unter Auflagen und strengen Bedingungen Staatsanleihen des Not leidenden Staats kaufen, ihm Darlehen gewähren oder, dies wäre noch zu vereinbaren, Bürgschaften geben. Reichte sein Volumen nicht aus, könnte er sich durch sein Eigenkapital Geld bei der EZB *leihen* - wie es Geschäftsbanken auch tun. Er müsste dieses Geld mit Zinsen zurückzahlen, ein für die Zentralbank bekannter und gangbarer Weg, der gerade *keine* Ausweitung der Geldmenge zur Folge hätte. Die Spekulationen der Märkte über die ausreichenden Mittel und politische Handlungsfähigkeit wären beendet. Es war unsinnig und mehr als kurzfristig, dass sich die Bundesregierung gestern dieser Lösung verweigert hat. Ratifizierungsverfahren in den einzelnen Mitgliedstaaten können zwar langwierig sein. Die derzeitige Situation ohne stabile Lösung ist ungleich risikoreicher. Die Kapitalmärkte werden auch bereit sein, diese Zeit zu gewähren, wenn sie nur klar wissen, wohin die Reise geht.
3. Bei einer möglichen Änderung der Europäischen Verträge sollte jedoch auch ein schlagkräftigerer Krisenreaktionsmechanismus skizziert werden, um die Währungs-gemeinschaft dauerhaft zu stabilisieren und krisenfest zu machen. Entschlossen sollten die Staats- und Regierungschefs, die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament auch eine solche langfristige gemeinschaftliche Lösung präsentieren: Einen Krisenreaktionsmechanismus, der innerhalb der Gemeinschaft angesiedelt ist und vor allem die Gemeinschaftsmethode und nicht das intergouvernementale Prinzip stärkt, muss das Ziel Europas sein. Sollte dieser Weg nicht von Beginn an mit den 27 Mitgliedstaaten der EU möglich sein, ist anknüpfend an diesen Gipfel ebenso gut möglich, dass sich die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, als "Avantgarde" zusammenschließen. Die Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Überwachung nationaler Haushalts- und Konsolidierungspolitik, die gemeinsame Verständigung auf ökonomische Rahmendaten, stärkere automatische Sanktionsmechanismen für Defizitsünder, aber auch die Verantwortung zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa könnten so gebündelt und schlagkräftiger gemacht werden. Denn Vertragsänderungen, wie Merkel und Sarkozy sie fordern und die alleine auf die Haushaltsdisziplin abstellen, sind keine nachhaltige Lösung. Ein eigens hierfür zuständiger Kommissar sollte die entsprechenden Beschlüsse der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlaments (EP) oder eines „Euro-Parlamentes“ aus Abgeordneten des EP und der nationalen Parlamente ausführen. Dieser Kommissar darf nicht von Merkel und Sarkozys Gnaden eingesetzt werden, sondern muss parlamentarisch legitimiert werden. Der Vorteil der Einbettung

in das Gemeinschaftsrecht wäre eine klare demokratische Kontrolle durch das EP und die nationalen Parlamente. Eine Koordinierung rein über die Regierungen reicht nicht aus. Auch für einen monatlichen Euro-Gipfel, wie Merkel und Sarkozy es nun vorschlagen, wäre eine parlamentarische Kontrollinstanz und demokratische Legitimierung unverzichtbar. Wie auch immer die Kontrolle einer „Euro-Regierung“ aussehen mag, das EP und die nationalen Parlamente stehen hier gemeinsam in der Verantwortung. Ergänzend würde bei der Kommission ein spezieller Fonds eingerichtet, in den die Mitgliedstaaten zum Beispiel das Geld einzahlen, das schon für den ESM vorgesehen ist. Der Fonds könnte weiter befüllt werden durch Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer, die neben gezielter Wachstumsförderung auch das Ansparen für einen Krisenmechanismus erlaubt.

Kommt ein Mitgliedstaat bei seiner Refinanzierung in Bedrängnis, kann er unter strikter Konditionalität die Hilfe der Gemeinschaft in Anspruch nehmen und seine Finanzierung vorübergehend aus diesem Fonds bestreiten. Überlegenswert wäre auch bei dieser Lösung, eine Ausleihmöglichkeit bei der EZB zu schaffen, die flexibles und rasches Handeln ermöglichte. Der Beitritt muss für Euro-Staaten festgeschrieben werden, aber zwingend offen für andere EU-Mitgliedstaaten sein, zumal bis auf Großbritannien und Dänemark alle anderen Mitgliedstaaten vertraglich gebunden sind, die gemeinsame Währung einzuführen. Dieser „Europäische Währungsfonds“ wäre eine klare, gemeinschaftsrechtliche Schutzmauer Europas gegen die Finanzmärkte und ihre krisenhaften Entwicklungen.

Sicher ist diese Lösung nicht rasch in wenigen Wochen umsetzbar, grundlegende Vertragsänderungen erfordern Zeit. Doch diese Zeit könnte angesichts eines solch klaren und starken Signals selbst durch die EFSF/den ESM überbrückt werden.

Der skizzierte Weg hätte einen weiteren Vorteil: Er würde die Weichen hin zu mehr Europa, einer vertieften Integration und einer belastbaren Solidarität stellen. Wir wissen, dass dies nicht in allen Mitgliedstaaten auf Zustimmung stößt und zumindest für eine Übergangszeit unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten akzeptiert werden müssten. Aber wir versprechen uns davon endlich einen nachhaltigen Beitrag zur Lösung der Krise.

Mit freundlichen Grüßen

Eure

